



ELTERN FÜR BILDUNG

Landeselterninitiative für Bildung

Fasanenweg 3a
66129 Saarbrücken
Sparkasse Neunkirchen
IBAN: DE35 5925 2046 0050 2364 23
Landeselterninitiative/Andrea Martin

Sprecher
Bernhard Strube
Fasanenweg 3a, 66129 Saarbrücken
Telefon +49 163 2819959
Bernhard.Strube@t-online.de

Fragen zur Bildungspolitik 2022-2027 im Saarland

an die Landesvorsitzenden von CDU, SPD, Die Linke, FDP, Bündnis
90/Die Grünen, und bunt.saar

(Wir haben uns auf ganz spezielle Fragen beschränkt und um **sehr konkrete, kurze Antworten** gebeten. Die Antworten geben wir unverändert, wörtlich wieder. Keine Antworten haben wir trotz Nachfrage von der FDP erhalten.)

1.

Das Saarland (Land, Kreise, Kommunen) stellt an öffentlichen Bildungsausgaben am wenigsten von allen Bundesländern bereit (1 527 € je Einwohner, Bundesdurchschnitt 1 977 €).

Der Anteil der öffentlichen Bildungsausgaben am Landeshaushalt 2021 ist mit 28,5 % der niedrigste aller Flächenländer (Durchschnitt westliche Flächenländer 40,1 %, östliche Flächenländer 37,9 %).

(Quelle: Bildungsfinanzbericht vom Dezember 2021).

Wo sollte nach Ihrer Ansicht das Saarland im Jahr 2027 bei diesen beiden Kennzahlen stehen? Was wollen Sie konkret dafür tun?

CDU:

Im INSM-Bildungsmonitor 2021 hat sich das Saarland deutlich verbessert und ist auf Platz 5 der 16 Bundesländer geklettert. Durch eine solide Finanzpolitik konnten wir jährlich die Bildungsausgaben im Saarland steigern. Als CDU Saar möchten wir in den nächsten Jahren im Saarland die modernsten Schulen Deutschlands haben, um Kindern die bestmöglichen Lebens- und Zukunftschancen zu bieten. Unsere Gesellschaft hat sich in den vergangenen Jahren deutlich verändert und unsere Schulen müssen mit „Mehr Qualität. Mehr Zeit. & Mehr Profil.“ auf die heutige und zukünftige Berufswelt vorbereiten. Wir brauchen in Zukunft eine Schärfung des jeweiligen Profils aller Schulformen im weiterführenden Bereich. Die Ziele der einzelnen Schulformen

müssen wieder klarer herausgearbeitet werden und die Vorbereitung auf die unterschiedlichen Schulabschlüsse muss im Fokus stehen. Wir wollen den einzelnen Schulformen einen klaren Kompass geben, um die beste Qualität unserer saarländischen Schulen zu erzielen.

Für uns ist klar: Der Schulfrieden ist auch in Zukunft ein sehr hohes Gut. Wir halten daher im Bereich der weiterführenden Schulen am gut etablierten 2-Säulenmodell von Gemeinschaftsschule und Gymnasium fest. Als dritte Säule bieten die beruflichen Schulen ein breites Portfolio an unterschiedlichen Abschlüssen. Diese drei Schulformen garantieren eine hohe Durchlässigkeit und ermöglichen allen das Abitur.

Wir werden das neunjährige Gymnasium Q+ einführen: Neben den Anforderungen an eine vertiefte Allgemeinbildung als Grundauftrag des Gymnasiums stellen die neuen gesellschaftlichen Gegebenheiten wie Digitalisierung, Globalisierung und eine größere Bedeutung der Mehrsprachigkeit die Schülerinnen und Schüler gerade beim Erwerb der Studierfähigkeit vor neue Herausforderungen. Wir werden Informatik ab Klassenstufe 5 einführen, die MINT-Fächer stärken und den Themen Globalisierung und Demokratiebildung in den Gesellschaftswissenschaften mehr Raum geben. Dafür brauchen wir mehr Zeit und daher möchten wir ein neunjähriges Gymnasium Q+ einführen. Dieser Schritt alleine bedeutet die Einstellung von mehr als 100 Lehrern. Dabei stehen wir für die Wiedereinführung der verbindlichen Grundschulempfehlung.

Die Gemeinschaftsschule mit ihrem großen Praxisbezug liefert die beste Grundlage für eine qualitativ hochwertige Ausbildung, sei es im Handwerk, in Industrie und Handel oder im sozialen Bereich. Dabei werden wir einzelne Gemeinschaftsschulen mit einem klaren Profil ausrichten und brauchen auch hier mit der Gemeinschaftsschule Q+ eine neue Qualitätsoffensive.

So sollen vor allem die regionalen Bezugspunkte zu Unternehmen und der Industrie einbezogen werden. Ziel muss es hier sein, die Schülerinnen und Schüler bestmöglich auf eine Ausbildung vorzubereiten und die verschiedenen Abschlüsse gezielt zu stärken. Eine verbesserte Ausbildungsreife muss im Fokus stehen. Auch für die Gemeinschaftsschulen ist es sehr wichtig, dass es für die Schulwahl bindende Kriterien gibt und die verbindliche Grundschulempfehlung als Zugangsvoraussetzung zum Gymnasium wiedereingeführt wird. Die Durchlässigkeit zwischen den Schulformen wird weiter gewährleistet sein.

An den Gemeinschaftsschulen wird weiterhin die Möglichkeit bestehen, dass mit eigenständiger Oberstufe bzw. im Oberstufenverbund das Abitur erzielt werden kann. Für die eigenständigen Oberstufen und Oberstufenverbünde wird es einen Bestandschutz geben. Hier wollen wir gemeinsam mit den Lehrkräften der Oberstufen und der Verbünde ein spezielles Förderkonzept für die Oberstufe („Förderband Oberstufe“) entwickeln, um die Schülerinnen und Schüler ab Klasse 9 durch die Einführungs- und Hauptphase hindurch noch besser auf das Abitur vorzubereiten und gleichwertige Abschlüsse zu sichern.

In der Gemeinschaftsschule legen wir sehr großen Wert auf die Weiterentwicklung der äußeren Fachleistungsdifferenzierung. Die Einteilung in kleinere Lerngruppen in den Kernfächern ist ein wichtiges Qualitätsmerkmal in dieser Schulform. Gerade in den Kernfächern ist es uns sehr wichtig, dass ab Klassenstufe 7 eine Unterrichtung in unterschiedlichen Lernniveaustufen erfolgt, um die Schüler bestmöglich in ihrer Lernentwicklung zu fördern und auf entsprechende Abschlüsse vorbereiten zu können. Grundlegend dafür ist eine Überarbeitung der Lehrpläne für die einzelnen Niveaustufen. Gleichzeitig wollen wir die kriteriengebundene Durchlässigkeit zwischen den Niveaustufen stärken. Zukünftig sollte die Fachleistungsdifferenzierung in den Kernfächern noch passgenauer an die Stärken bzw. Schwächen der Schülerinnen und Schüler angepasst werden. Ziel ist eine individuelle Fachleistungsdifferenzierung, die ein durchdachtes Fördern und auch Fordern in den Mittelpunkt stellt. Dies sollte dann auch auf

dem Abschlusszeugnis ausgewiesen werden, da es gerade für die Ausbildungsbetriebe ein wichtiges Auswahlkriterium darstellt.

Die dritte Säule in unserer Bildungslandschaft sind die beruflichen Schulen. Wir werden sie weiterhin stärken und zukunftsfähig weiterentwickeln, daher braucht es auch hier eine Berufsschule Q+. Dabei werden wir die Qualitätssicherung der vielfältigen Bildungsabschlüsse an den beruflichen Schulen mit ihrem jeweiligen Anforderungsprofil in den Fokus rücken. Das gilt für die gesamte Breite von der Ausbildungsvorbereitung bis zu den beruflichen Oberstufengymnasien.

Wir sehen außerdem im neugestalteten System des beruflichen Überganges deutlichen Nachschärfungsbedarf. Um die Schülerinnen und Schüler in dieser herausfordernden Lernumgebung engmaschiger begleiten und zur Ausbildungsreife führen zu können, braucht es eine bessere Personalisierung auch mit Förderschullehrkräfte und mit einer deutlichen Stärkung der Sozialpädagogik. Eine wichtige Qualitätsmaßnahme ist die Einrichtung eines Instituts für berufliche Bildung nach dem Vorbild Schleswig-Holsteins. Ein solches Institut bündelt alle Zuständigkeiten der verschiedenen Partner in der beruflichen Bildung in einer Organisationseinheit und erreicht so erhebliche Synergieeffekte im großen Organisationskomplex der beruflichen Bildung. Durch die Zusammenführung in der Fläche sind die beteiligten Akteure wie die unterschiedlichen schulischen Partner, die Kammern, die beruflichen Ausbildungspartner, die Studienseminare der Lehrerausbildung und die zuständigen Ministerien deutlich besser vernetzt und in der aufwändigen Organisation von beruflicher Bildung nachhaltig entlastet. Das neue Institut für berufliche Bildung könnte idealerweise in den zukünftigen saarländischen Bildungscampus eingegliedert werden.

SPD:

Die Bildungsausgaben im Saarland sind trotz erheblicher Anstrengungen in den letzten zehn Jahren noch immer zu niedrig. Aber wir haben aufgeholt und noch nie wurde so viel Geld in die Bildung und damit die Zukunftsperspektiven unserer Kinder investiert wie heute. Wir wollen aber, dass Investitionen in Bildung absolute Priorität bekommen. Deshalb werden wir ein Zukunftsvermögen Bildung einrichten, um zusätzliche Ausgaben für unsere Zukunft zu finanzieren. Eben weil jeder in Bildung investierte Euro der beste Zukunftsgarant für unser Land ist und sich doppelt und dreifach rentiert.

Wir wissen: Nachhaltiges Wachstum baut auf Bildung – mit neuem Wissen, neuen Fähigkeiten. Wer was aus sich machen will, der kann das auch. Das ist unser sozialdemokratisches Aufstiegsversprechen durch Bildung. Sowohl bei der personellen Ausstattung als auch bei den Arbeitsbedingungen ist das noch ein weiter Weg. Entscheidend ist, dass er konsequent weitergegangen wird. Das bedeutet: Die Bildung unserer Kinder und Jugendlichen muss uns mindestens genauso viel wert sein wie anderen Bundesländern. Wir arbeiten weiter daran, dass das Saarland bei den Ausgaben pro Schüler:in im bundesweiten Vergleich aufsteigt.

Die Linke:

Wenn man politisch die Priorität für Bildung will, muss man auch für eine Erhöhung der Bildungsausgaben kämpfen und sie umsetzen – mit Blick auf den Durchschnitt in anderen, z. B. den westlichen Bundesländern. Gerade bei der unverzichtbaren Gemeinschaftsschule liegt das Land immer noch auf dem drittletzten Platz und das muss sich ändern. Dazu gehört ein klares Signal im Landeshaushalt: für mehr feste Planstellen in allen Schulformen statt befristeter Stellen. Wir wollen zusätzlich einen krisenfesten Bildungsfonds aus Bundesmitteln. Das Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern in Sachen Bildung muss dringend fallen. Dafür setzen wir uns ein.

FDP:

Wir Freien Demokraten wollen die beste Bildung der Welt. Deshalb wollen wir Rückstände nicht nur aufholen, sondern uns an die Spitze setzen. Hierfür brauchen wir Investitionen in die Bildung.

Bündnis 90/Die Grünen:

Das Saarland muss seine Bildungsinvestitionen deutlich steigern, um den zahlreichen bildungspolitischen und gesellschaftlichen Herausforderungen gerecht zu werden. Im Zuge der Bildungsgerechtigkeit sollten in allen Bundesländern vergleichbare Lernvoraussetzungen und Förderungen für Schülerinnen und Schüler vorherrschen. Spätestens 2027 muss eine Angleichung an die Bildungsausgaben der anderen Bundesländer erfolgt sein. Zur Finanzierung sollte auch der Bund seinen Beitrag leisten. Aus diesem Grund werden wir uns auf Bundesebene für eine Aufhebung des Kooperationsverbotes einsetzen.

bunt.saar:

Die Zahlen sprechen unserer Meinung nach für sich selber und die Aufgabe ist es, das zumindest an die Ausgaben in den östlichen Bundesländern heranzubringen über die Jahre hinweg. Also jährliche Ausweitung der entsprechenden Ausgaben bis 2027.

2.

Die sehr unterschiedlichen Ausgangslagen und pädagogischen Herausforderungen für Schulen müssen systematisch und nachvollziehbar berücksichtigt werden; d.h. ihr individueller Bedarf an Professionen muss systematisch sowie verlässlich festgestellt werden. Anhand landesweit einheitlicher, messbarer Kriterien wie z. B. schulgenauer Daten zu den sozialen Lebensumständen der Kinder und Jugendlichen.

Wie stehen Sie zu dieser Forderung? Was wollen Sie in den nächsten fünf Jahren tun, um die Personalisierung von Schulen (in herausfordernden Lagen?) zu verbessern.

CDU:

Im Sinne des Rechts auf Privatsphäre und aus Gründen des Datenschutzes lehnen wir es als CDU Saar ab, private Daten von Kindern und Jugendlichen bezüglich ihrer sozialen und damit auch finanziellen Lebensumstände zu erfassen und den Schulen zur Verfügung zu stellen.

Im Bereich der Grundschule wollen wir eine Fachkräfteoffensive, um die Mangelsituation an allen Grundschulen zu beheben. Daher werden wir in der kommenden Legislaturperiode die Anzahl der Studienplätze für das Lehramt an Grundschulen an der Universität des Saarlandes erhöhen. Des Weiteren planen wir eine Fachkräfteoffensive für das Lehramt an Förderschulen. Im Bereich der Förderschullehrkräfte herrscht bundesweit ein riesiger Fachkräftemangel. Für die Stärkung der Förderschulen und die Umsetzung der Inklusion muss hier dringend nachgesteuert werden.

Wir werden darüber hinaus ein neues Studienangebot an der Universität des Saarlandes schaffen: Dem bundesweiten Mangel an Förderschullehrkräften muss eine bundesweite Ausbildungsoffensive gegenübergestellt werden. Vor diesem Hintergrund ist

es unser Ziel, für das Saarland einen eigenständigen Studiengang für das Lehramt an Förderschulen einzurichten

Wir planen zuletzt auch eine Werbekampagne „Förderschullehramt“: Gerade in diesem Bereich brauchen wir für eine gelingende Fachkräfteoffensive, aber auch eine spezielle Werbekampagne, die die breiten Möglichkeiten für das Lehramt an Förderschulen in den Fokus rückt und die Bedarfe bekannt macht.

SPD:

Jedes Kind ist anders. Und Schule ist nicht gleich Schule. Die Belastung für die pädagogischen Fachkräfte in unseren Schulen ist zunehmend abhängig von sehr konkreten Umständen vor Ort. Vor allem sogenannte „belastete Schulen“ werden wir weiter entlasten. Ressourcen müssen stärker nach den jeweiligen Anforderungen bemessen werden. So haben wir bereits alle Grundschulen entlastet, wenn sie im Ganztag arbeiten, über eine Dépendance verfügen oder eine besondere Belastung aufweisen. Zur gerechteren Personalisierung mit Lehrkräften und anderen Professionen sind Kriterien und Indices zu entwickeln, die eine angemessene Versorgung ermöglichen.

Die Linke:

Wir unterstützen diese Forderung. Es braucht eine Art Sozialindex, der das soziale Umfeld einer Schule beschreibt. Danach sollten Ressourcen auch verteilt werden. Der Armutsfaktor in Stadtteilen und Kommunen muss berücksichtigt werden. Für die Verteilung der Stellen auf die einzelnen Schulen sollte auch der Anteil der Schülerinnen und Schüler, deren Sprache nicht Deutsch ist, hinzugezogen werden. Schulen in schwierigem Umfeld brauchen jedenfalls mehr Unterstützung mit mehr Stellen: feste Sprachförderlehrkräfte, festes Unterstützungspersonal mit mehr Schulsozialarbeit und mehr Lehrkräfte - auch sonderpädagogisches Personal - , um Kinder und Jugendliche aus einkommensschwachen Familien stärker unterstützen zu können. Es braucht dazu ebenso kleinere Klassen für mehr individuelles Lernen, mehr kostenlose Ganztagsbetreuung und Zuschüsse zu Projekten in besonderen sozialen Verhältnissen.

FDP:

Wir unterstützen diese Forderung, auch mit der Unterstützung multiprofessioneller Teams an den Schulen. Für die Zukunft wollen wir mehr Referendariatsplätze für angehende Lehrer schaffen. Es soll zudem regelmäßig geprüft und veröffentlicht werden, in welchen Fächern zukünftig ein großer und in welchen ein geringer Bedarf besteht, um Lehramtsstudenten ein Feedback für die Fächerwahl zu geben. Wir setzen uns auch für bessere Rahmenbedingungen für Quereinsteiger an berufsbildenden Schulen ein. Außerdem sollen fächerübergreifende Qualitätsstandards eingeführt werden, die gewährleisten, dass die Unterrichtsqualität auch bei Lehrkräften ohne entsprechende Ausbildung gewahrt bleibt.

Bündnis 90/Die Grünen:

Um den Bedarf festzustellen, müssen langfristig Daten gesammelt werden, die bei der Planung herangezogen werden können. Darauf basierend werden für alle staatlichen Schulen ein Sozialindex einführen, der als Kriterium für die Klassengröße und -zusammensetzung herangezogen wird. Darauf aufbauend werden wir einen Personalentwicklungsplan erstellen und notwendiges Personal ausbilden und einstellen.

bunt.saar:

Wie bereits oben gesagt, sollen die Ausgaben für Bildungspolitik erhöht werden. Ein zentraler Bereich der Ausgaben ist die Personalisierung, in Lehrer:innen, in multiprofessionelle Teams, in mehr Gebundene Ganztagschulen.

3.

Schulen in herausfordernden Lagen brauchen aber nicht nur eine bessere Personalausstattung, sondern auch Unterstützung im Umgang mit ihren jeweiligen schulspezifischen Bedingungen, um so den Bildungserfolg ihrer Schülerinnen und Schüler zu erhöhen. Dazu ist eine externe Begleitung ihres Prozesses der Schul- und Unterrichtsentwicklung, aber auch der Personalentwicklung durch Beraterinnen und Berater mit hoher praktischer Erfahrung notwendig. Ebenso ein regelmäßiges Angebot an Supervision.

Wie stehen Sie dazu? Was wollen Sie konkret insoweit tun?

CDU:

Mit dem Einsatz von multiprofessionellen Teams - bestehend aus Schulpsychologen, Sozialarbeitern wie auch IT-Fachkräften und anderen hochspezialisierten Fachkräften - und mit der Ausweitung der Schulsozialarbeit (Umfang von 5 Mio. €) haben wir in der aktuellen Legislaturperiode bereits begonnen. Diesen Weg werden wir als CDU Saar in der nächsten Legislaturperiode weiter fortführen und flächendeckend ausbauen.

Des Weiteren ist uns die Sprachförderung ein wichtiges und zentrales Anliegen. Nur ein sicheres Beherrschen der deutschen Sprache möglichst schon vor dem Eintritt in die Primarstufe ermöglicht eine gelingende Schullaufbahn – gerade bei Kindern aus bildungsfernen Schichten und/oder mit Migrationshintergrund. Daher haben wir neben der überaus erfolgreichen Fördermaßnahme „Früh Deutsch lernen“, die schon in den Kindertageseinrichtungen beginnt, die Einrichtung von Sprachförderklassen in der Grundschule wieder aufgenommen. Dieses sehr erfolgreiche Konzept ermöglicht Kindern mit sprachlichen Defiziten eine inklusive Beschulung bei gleichzeitiger besonderer sprachlicher Förderung in kleinen Gruppen. Wir werden das System der Sprachförderklassen wie auch das Programm „Früh Deutsch lernen“ weiter flächendeckend nach den jeweiligen Bedarfen ausweiten.

In den weiterführenden Schulen wie zum Beispiel der neuen Gemeinschaftsschule Q+ und der Berufsschule Q+ werden wir durch die speziellen Förderkonzepte – wie oben in der Antwort unter der 1. Frage ausführlich beschrieben – auch Kinder aus bildungsfernen Schichten besser und passgenau fördern können.

SPD:

Schul- und Unterrichtsentwicklung sind ebenso wie Personalentwicklung elementare Punkte, um Schulen für die spezifischen Bedingungen zu rüsten und damit Kindern gute Bildungs- und Zukunftschancen zu eröffnen.

Die Öffnung hin zur Beratung und zu Partner:innen, die Schule begleiten, bringen dabei großen Nutzen. Die kollegiale Beratung innerhalb des eigenen Systems, aber auch innerhalb der Schulform oder innerhalb eines Sozialraums, bei der Ideen ausgetauscht werden können, wollen wir durch Netzwerkarbeit stärken. Die starke Verankerung einer Schule im Sozialraum, zu anderen gesellschaftlichen Akteur:innen und Verbänden spielt ebenso eine große Rolle und bietet Entwicklungschancen.

Neben zusätzlichem Personal zur individuellen Förderung erhalten Grundschulen und weiterführende Schulen bereits jetzt schon Unterstützung in Fragen der stand-ortspezifischen Schul- und Unterrichtsentwicklung. Gerade Schulen in herausfordernder Lage werden dabei intensiv beraten und begleitet. In Kooperation mit den Schulaufsichten, der Qualitätssicherung und dem Landesinstitut für Pädagogik und Medien werden bereits gezielte Projekte und Fortbildungsangebote konzipiert, die Schulleitungen und Lehrkräfte darin unterstützen, die Kompetenzen und Stärken ihrer Schülerinnen und Schüler zu erkennen und eine erfolgreiche Lernentwicklung gezielt zu gestalten. Besonders in projekt- und themenbezogenen Netzwerken arbeiten Schulen mit professioneller Begleitung kooperativ zusammen. So nehmen z.B. Schulen am Bundesprojekt „Schulen stark machen“ teil; viele Schulen sind im Schulentwicklungsprojekt QVP engagiert oder nehmen an Werkstätten der Deutschen Schulakademie wie z.B. „Werkstatt Schule leiten“ und „Lernen individuell und gemeinsam“ teil. Die Etablierung von Netzwerkarbeit und Prozessbegleitung durch erfahrende Praktiker:innen erfolgreicher Schulen muss langfristig gesichert und verstetigt werden.

Im Aktionsprogramm „Aufholen nach Corona“, im Projekt „Kultur leben“ und in den breit gefächerten Angeboten des Theaterpädagogischen Zentrums (TPZ) werden persönlichkeitsstärkende Maßnahmen gezielt an den Schulen umgesetzt. Dabei profitieren die Schulen von einer professionellen externen Begleitung. Gerade für belastete Schulen sind solche Angebote qualitätssichernd. Daher müssen auch für diese Maßnahmen die Ressourcen gesichert werden.

Neben den zahlreichen professionellen Netzwerkangeboten werden im Rahmen der individuellen Personalentwicklung Ressourcen für Supervisionen, Coachings und kollegiale Hospitationen zur Verfügung gestellt, die jedoch auszubauen sind.

Die Linke:

Diese Forderung unterstützen wir sehr. Es müssen Bedarfe an einzelnen Schulstandorten erhoben werden, um entsprechende Konzepte erarbeiten zu können (s. a. Antwort zu 2.). Multiprofessionelle Teams als Unterstützungssysteme mit mehr Lehrkräften aus dem Bereich der Sprachförderung, der Sozialpädagogik, der Sonderpädagogik sowie medizinische und therapeutische Kräfte ebenso wie Inklusions- und Integrationshelferinnen und -helfer müssen an allen Schulen Realität werden. Dazu gehören auch mehr Förderstunden, Schulbegleiter und freiwillige Feriencamps, um Kinder und Jugendliche da abzuholen, wo sie derzeit stehen.

FDP:

Wir wollen, dass Schulen ihr Personal selbst auswählen. Dazu gehört eine pädagogische, organisatorische, personelle und finanzielle Selbstbestimmung der Schulen. Dazu wollen wir eine 105-prozentige Lehrerversorgung an jeder Schule zur Verfügung stellen. Das Budget soll den Schulen selbst zur Verfügung gestellt werden, so dass sie ihr Personal in eigener Verantwortung wählen und Schwerpunkte setzen können. Durch die 105-prozentige Versorgung garantieren wir mehr Lehrerstellen statt Leerstellen. Das gibt Lehrern und Lehramtsstudenten Planungssicherheit und erhöht insgesamt die Unterrichtsqualität. Durch das Konkurrieren der Schulen um Bewerber nimmt die Bedeutung eines eigenen Schulprofils zu, wodurch die Qualität steigt. In diesem Zuge sollen Versetzungsanträge von Lehrern erleichtert und schneller beschieden werden. Die 5-prozentige zusätzliche Versorgung kann zudem, je nach Schulbedarf, für weitere Lehrkräfte oder Fachkräfte für Projektarbeit und die Vernetzung von Schule und Wirtschaft genutzt werden. Natürlich muss diese Autonomie überwacht und begleitet werden, damit die Standards eingehalten werden.

Bündnis 90/Die Grünen:

Wir unterstützen diese Forderungen. Um ein leistungsfähiges Monitoring aufzubauen, muss eine datengestützte Unterrichtsentwicklung ausgebaut werden. Dazu wollen wir eine Qualitäts-Agentur aufbauen, die Schulen auf der Grundlage auch digitaler Lernstandserhebungen beratend und personell unterstützen. Darauf aufbauend müssen Coachingangebote zur Verfügung gestellt werden, um pädagogisches Handeln zu professionalisieren.

bunt.saar:

Wir halten sehr viel von solcherart Begleitung und diese sollte auch auf längere Prozessbegleitung ausgelegt sein um die Schulen hin zu mehr Selbstständigkeit und pädagogischer und organisatorischer Qualität zu entwickeln. Die entsprechenden Angebote beim LPM müssen somit ausgebaut werden. Auch externe Angebote sollten willkommen sein und finanziert werden.

4.

Von Armut bedrohte Kinder und Jugendliche, im Saarland sind dies rund 21 Prozent, verfügen längst nicht über dieselben Bildungschancen wie Gleichaltrige aus finanziell gesicherten Familien. Bildung aber ist ein wesentlicher Schlüssel, um aus dem generationenübergreifenden Teufelskreis der Armut auszubrechen. Schulen mit vielen Kindern aus prekären Lebensverhältnissen brauchen gesellschaftliche Unterstützungssysteme mit begleitenden kulturellen Anregungen sowie Bildungsangeboten im Sozialraum. Dazu bedarf es einer gemeinschaftlichen Anstrengung und staatlicher Steuerung der ergänzenden Angebote im Schulumfeld.

Wie stehen Sie dazu? Was wollen Sie konkret insoweit tun?

CDU:

Schon heute sind in fast allen unseren Schulen durch das außerordentliche und lobenswerte Engagement unserer Lehrerinnen und Lehrer vielfältige kulturelle, musische, sportliche, gesundheitliche und umweltorientierte/nachhaltige Angebote und AGs zu finden. Zusätzlich werden insbesondere in der FGTS am Nachmittag eine kaum zu übertreffende Fülle an Angeboten in allen genannten Bereichen gemacht. Darüber hinaus verfügen wir im Saarland über eine außerordentlich dichte Vereinsstruktur im Ehrenamt, im sportlichen und kulturellen Bereich, die Kindern und Jugendlichen attraktive Angebote vorhält und die ihrerseits eher darunter leiden, dass kaum noch Kinder und Jugendliche – bedingt durch den schulischen Ganztags – Interesse an einer Teilnahme haben. Als CDU Saar sehen wir daher keine Notwendigkeit weiterer staatlicher Aktivitäten.

SPD:

Unsere Schulen sind soziale Lern- und Lebensorte – nicht nur zum Lernen und Prüfungen ablegen. Kita und Grundschule, Gemeinschaftsschule und Gymnasium, Berufsbildungszentrum, Hochschule und Uni sollen Orte sein, wohin Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene gerne gehen und wo sie sich entfalten können. Kitas und Schulen sollen Familienzentren sein, wo Chancen, Förderer und Talente sich treffen.

Eine Vernetzung in den Sozialraum und Netzwerke, die Kindern Chancen öffnen, sehen wir als den richtigen Weg.

Mit dem Projekt Schulen stark machen, haben wir diese Optionen eröffnet. Dies wollen wir auf den Erkenntnissen des Projekts weiterentwickeln.

Als zentrale regionale Anlaufstelle könnten die Schulen zu einer gelingenden Quartiersarbeit beitragen. Gemeinsam mit den Schulträgern sollten hierzu Kooperationsstrukturen entwickelt werden. Eine standort- und sozialinduzierte Ressourcen-zuteilung zum Aufbau von Multiprofessionalität sollte mitberücksichtigt werden.

Die Linke:

Das ist ein großes Problem, das Lösungen braucht. Zuschüsse zu Projekten in einem schwierigen sozialen Umfeld müssen dazu kontinuierlich fließen (s. a. Antwort zu 2.). Wir wollen einen „Masterplan gegen Kinderarmut“ durchsetzen: mit finanzieller Unterstützung und einem Ausbau der Betreuungsinfrastruktur sowie Freizeitangeboten – niedrigschwellig, barrierefrei, wohnortnah im Lebensumfeld und möglichst gebührenfrei. Der Ausbau der Begleitung von Familien aus schwierigen Lebensverhältnissen gehört ebenso dazu wie die komplette Beitragsfreiheit in unseren Kitas wie in Rheinland-Pfalz. Das Mittagessen muss für alle Kinder und Jugendliche in der Ganztagsbetreuung kostenlos sein, damit arme Familien nicht stigmatisiert werden.

FDP:

Auch wir sehen Bildung als die wichtigste Ressource an, um Aufstiegschancen zu ermöglichen. Wir sehen den erhöhten Begleitungsbedarf von Kindern aus prekären Verhältnissen. Gerade die Ganztagschulen und die Einbeziehung multiprofessioneller Teams bieten diesen Kindern eine große Hilfe.

Bündnis 90/Die Grünen:

Wir werden die bestehenden freiwilligen Ganztagschulen ausbauen und qualitativ aufwerten und uns für mehr gebundene Ganztagschulen einsetzen, die kostenlos sind. Durch verstärkte Kooperation mit Vereinen werden wir mehr sportliche und kulturelle Bildungsangebote in die Schule hineinbringen und somit die Bildungschance aller Kinder angleichen. Ebenso werden wir die Vernetzung der Schule mit Einrichtungen der Jugendhilfe voranbringen. Sollten Kosten entstehen, die nicht über das Ministerium oder den Bildungsträger tragbar sind, können diese über das saarländische Bildungs- und Teilhabegesetz erstattet werden. Die bürokratischen Hürden dafür müssen reduziert werden. Zusätzlich wird die von uns auf Bundesebene geforderten Kindergrundsicherung den finanziellen Spielraum von Familien mit geringem Einkommen verbessern, was der Bildung der Kinder zugutekommen sollte.

bunt.saar:

Auch hier teilen wir Ihre Einschätzung. Entscheidend scheint uns dabei, an welche „gesellschaftlichen Unterstützungssysteme“ denn angeknüpft werden kann, welche Qualität die zusätzlichen „Bildungsangebote“ und „kulturellen Anregungen“ haben. Die Forderung der „staatlichen Steuerung“ sehen wir kritisch. Steuerung durch das Bildungsministerium? Da setzen wir eher auf die wachsende Selbstständigkeit der Schulen und deren vom LPM begleiteten Austausch untereinander. Das Bildungsministerium in seiner hiesigen Verfasstheit scheint uns da nicht die richtige Instanz zu sein.

5.

Es ist notwendig, das Angebot an echten Ganztagschulen flächendeckend auszubauen. Denn Ganztagschulen bieten mehr Zeit und Raum für den Ausgleich individueller Leistungsunterschiede sowie eines schlechten außerschulischen Lernumfeldes bzw. mangelnder Bildungsunterstützung seitens der Eltern.

Wie stehen Sie dazu? Was wollen Sie konkret insoweit tun?

CDU:

In der Regel bieten unsere Eltern ihren Kindern ein behütetes und sicheres familiäres Umfeld mit einer anregenden und gelingenden Lernumgebung. Und gerade im Saarland bevorzugt die übergroße Mehrheit der Eltern eindeutig die freiwilligen Betreuungsmöglichkeiten für ihre Kinder, um sich auch flexibel selbst um sie kümmern zu können. Dies belegt auch die starke und immer noch wachsende Nachfrage nach der FGTS. Diese möchten wir mit dem neuen Modell „Flexibler Ganztag“ als CDU Saar qualitativ verbessern und weiter ausbauen.

Des Weiteren stehen eine Fülle von Fördermaßnahmen – vom „Früh Deutsch lernen“ über Sprachförderklassen, inklusiven Förderunterricht, Corona-Aufholprogramm, Lernpaten etc. in den allen Schulformen für Kinder zur Verfügung, die eine besondere Förderung zusätzlich brauchen. Wo aber verpflichtender Ganztagsunterricht von der Mehrheit der Schulgemeinschaft gewünscht wird, unterstützen wir selbstverständlich die Einrichtung weiterer gebundener Ganztagschulen.

SPD:

Durch den konsequenten Ausbau echter Ganztagschulen ist die Zahl der Schüler:innen im Ganztagsunterricht seit 2012 verfünffacht worden. Um eine echte Wahlfreiheit zwischen freiwilligem und gebundenem Ganztag zu erreichen, treiben wir den Ausbau der echten Ganztagschule weiter voran und werden dafür die Vorgaben für die Einrichtung gebundener Ganztagschulen anpassen. Bis 2026 bauen wir an allen Schulen mit zusätzlichem Bedarf die pädagogische Förderung und Unterstützung mit multiprofessionellen Teams aus und schaffen bis 2030 bedarfsgerecht zusätzliche Ganztagsangebote.

Die Linke:

Der Ausbau von qualitativ hochwertigen, wohnortnahen und kostenlosen Ganztagschulen spielt eine zentrale Rolle, um einer zunehmend heterogenen Schülerschaft faire Bildungschancen zu ermöglichen. Individuelle Förderung und Lernchancen sind im Ganztag besser umzusetzen. Nötig sind mehr echte, also gebundene Ganztagschulen, mit klarem pädagogischem Profil und angemessener Personalausstattung. Gleichzeitig muss die Personalsituation an den Freiwilligen Ganztagschulen verbessert werden. An unseren Grundschulen fehlen Ganztagsplätze – hier brauchen Eltern mit ihren Kindern mehr Verlässlichkeit, im Sinne der Kinder und der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Ab dem Jahr 2026 besteht ein Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für alle Grundschul Kinder. Dazu müssen Investitionslücken geschlossen und kommunale Investitionsprogramme ohne kommunalen Eigenanteil aufgelegt werden, damit die Kommunen kindgerechte und nachhaltige Betreuungsplätze bauen können. Wir wollen

- *Personalreserven schaffen, insbesondere bei den Leitungen, und die Anrechnung zusätzlicher Betreuungszeiten.*
- *mehr Ganztagsplätze für die Grundschulen, bis der Rechtsanspruch greift.*

Die Ganztagsbetreuung flächendeckend, qualitativ hochwertig und gebührenfrei unter ausreichender Mitfinanzierung des Bundes.

FDP:

Wir wollen eine weitere freiwillige Ganztagschule pro Kreis im Saarland, um langfristig eine flächendeckende Versorgung zu erreichen und die Wahlfreiheit zu erhöhen. Ganztagschulen fördern die Chancengerechtigkeit und eröffnen die Möglichkeit für eine intensivere Beziehungsarbeit zwischen Lehrern und Schülern. Eine ganztägige pädagogische Betreuung ist sowohl für Schüler als auch berufstätige Eltern häufig von Vorteil. Sie schafft die Möglichkeit, Familie und Beruf zu vereinen. Daher muss neben der freiwilligen Ganztagschule auch die gebundene Ganztagschule ausgebaut werden. Nur durch ein flächendeckendes Angebot an freiwilligen und gebundenen Ganztagschulen gibt es eine tatsächliche und bedarfsgerechte Wahlfreiheit aller Eltern im Saarland.

Bündnis 90/Die Grünen:

Schule soll als ein Raum zum Lernen und Leben ausgebaut werden. Das ist nur möglich durch den flächendeckenden quantitativen und qualitativen Ausbau von freiwilligen und gebundenen Ganztagschulen. Vor allem gebundene Ganztagschulen haben eine besondere pädagogische Konzeption. Lernen kann täglich auf einen längeren Zeitraum verteilt werden. Es besteht mehr Möglichkeit, zusätzliche alternative, individuelle Angebote für die Schülerinnen und Schüler zu machen. Aus diesem Grund sprechen wir uns dafür aus, zusätzliche gebundene Ganztagschulen zu schaffen. Mit dem weiteren Ausbau der Ganztagschulen in allen Schulformen wollen wir gerechtere Bildungschancen gewährleisten und Schule mehr nach den beruflichen Gegebenheiten vieler Erziehungsberechtigten auszurichten.

bunt.saar:

Wie bereits oben beschrieben, halten wir den flächendeckenden Ausbau von Gebundenen Ganztagschulen für wichtig und stehen somit hinter Ihrer Einschätzung. Ein Anfang wäre die konsequente Umsetzung des Ziels in jeder Gemeinde perspektivisch eine Gebundene Ganztagsgrundschule und eine Gebundene Ganztagsgemeinschaftschule oder ein ebensolches Angebot an einem lokalen oder regionalen Gymnasium zu haben.

6.

Allen Schülerinnen und Schülern des Saarlandes soll künftig immer ein Angebot der Werteerziehung gemacht werden – auch jenen, die am bestehenden Religionsunterricht nicht teilnehmen möchten oder sollen. Wir fordern daher die Einführung des Fachs Ethik an der Grundschule, die Ausbildung von Fachlehrern hierfür und die flächendeckende Versorgung an weiterführenden Schulen.

Was meinen Sie dazu? Was wollen Sie in dieser Hinsicht tun?

CDU:

Die CDU Saar sieht keine Notwendigkeit, Ethik an der Grundschule als eigenes Fach zu etablieren. Die Kernaufgabe grundschulischer Bildung ist die Vermittlung von Lese- und Schreibkompetenzen sowie weiterer Grundfertigkeiten wie der des Rechnens.

Weitere pädagogischen Aufgaben werden zudem durch die Klassenlehrerinnen und Klassenlehrer fächerübergreifend vermittelt.

SPD:

Jedes Kind hat das Recht, sich im geschützten Raum mit seiner Religionszugehörigkeit auseinanderzusetzen. Der Religionsunterricht ist grundgesetzlich geschützt. Mit der Ausweitung des Ethik-Unterrichts bereits ab Klasse 5 und der Einführung des Modellversuchs Islamischer Religionsunterrichts haben wir eine Lücke geschlossen und ein breites Angebot geschaffen, das Kindern und ihren Eltern die nötige Wahlfreiheit ermöglicht. Daran halten wir fest.

Nicht zuletzt muss unser Bildungssystem angesichts der aktuellen Gefährdungen unserer Demokratie durch fremdenfeindliche und rassistische Angriffe gestärkt werden, um den Wert unserer Demokratie von Kindesbeinen an durch entsprechende Angebote im Bereich der Menschenrechts- und Toleranzerziehung zu vermitteln. In Lehrplänen sollten Kompetenzen im Bereich der Demokratieerziehung, der Bildung für Nachhaltige Entwicklung und im geistes- und naturwissenschaftlichen Fächerkanon weiter vertieft werden, was insbesondere im fächerübergreifenden und ganzheitlichen Lernen der Grundschule von Bedeutung ist.

Die Linke:

Das fordern wir schon lange. Wir unterstützen es, dass schon ab Klassenstufe eins Ethikunterricht angeboten wird. Perspektivisch plädieren wir für die Einführung des Schulfachs „Lebensgestaltung – Ethik – Religionskunde“ (LER) nach Brandenburger Vorbild.

FDP:

Wir Freie Demokraten wollen außerdem, dass in Zukunft an Grundschulen zwischen konfessionellen Angeboten und Ethikunterricht gewählt werden kann. Außerdem soll deutschsprachiger Islamunterricht an Schulen angeboten werden. Wir unterstützen die vielfältigen Angebote des bekenntnisorientierten Religionsunterrichts. Darüber hinaus müssen gleichberechtigt nichtreligiöse Überzeugungen berücksichtigt werden.

Bündnis 90/Die Grünen:

*Auch wir fordern neben dem verfassungsmäßig festgelegten konfessionellen Religionsunterricht die Einführung/ Weiterführung von Ethikunterricht in allen Schulformen, auch in der Grundschule, um alternativ dazu eine Werteerziehung außerhalb des Religionsunterrichtes anbieten zu können. Die Ausbildung geeigneter Fachlehrer*innen kann durch Fortbildungsmaßnahmen interessierter Lehrkräfte gewährleistet werden.*

bunt.saar:

Wir stehen voll hinter dieser Forderung und würden uns im Landtag für deren Umsetzung einsetzen, zur Not auch auf Kosten der bestehenden Religionsangebote.

7.

Die Novelle des Schulmitbestimmungsgesetzes (SchumG) im Jahr 2021 sehen wir als Meilenstein für mehr gelebte Demokratie an Schulen an. Sie führte jedoch für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Schulsozialarbeit keine Mitwirkungs-

und Mitbestimmungsrechte in den verschiedenen Gremien der schulischen Zusammenarbeit ein, anders als für Förderlehrkräfte. Und dies, obwohl die Schulsozialarbeit mit der allgemein anerkannten, landesweiten Neuaufstellung im Jahr 2020 Regelleistung und Aufgabe der Schule geworden ist und die Schulsozialarbeiterinnen und -sozialarbeiter gerade in der Pandemie wertvollste Arbeit leisten.

Was wollen Sie konkret tun, um dies zu ändern?

CDU:

Als CDU Saar stehen wir zum im Landtag des Saarlandes verabschiedeten Schulmitbestimmungsgesetz und sehen derzeit keine Änderungsbedarfe.

SPD:

Eine Stärkung der Mitbestimmungsarbeit an Schulen und die Förderung der Zusammenarbeit zwischen Fachkräften, Eltern und Schüler:innen zur Schulentwicklung macht Demokratie vor Ort erlebbar und erfahrbar. Das Schulmitbestimmungsgesetz ist kein Feigenblatt, sondern ein Instrument zur Schul- und Unterrichtsentwicklung. Deshalb brauchen wir die gleichberechtigte Mitbestimmung der Schulsozialarbeit. Demokratisierung bedeutet aber auch, die Schulen auf dem Weg in die Schulautonomie zu begleiten.

Die Linke:

Die Schulsozialarbeit ist Teil der Schulgemeinschaft und muss in den schulischen Mitbestimmungs-Gremien vertreten sein. Die Schule von heute kann auf Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter, Integrationshelferinnen und Integrationshelfer, Erzieherinnen und Erzieher sowie Sprachförderlehrkräfte nicht mehr verzichten - sie spielen eine Schlüsselrolle. Die Große Koalition hat diese Chance im Rahmen der Änderung des Schulmitbestimmungsgesetzes vertan, weil sie sich nicht einig war. Wir LINKE haben darum gekämpft und einen umfassenden Abänderungsantrag zum Gesetz vorgelegt, den CDU und SPD abgelehnt haben. In der neuen Legislaturperiode kommt die Aufnahme der Schulsozialarbeit in das Schulmitbestimmungsgesetz erneut auf die Agenda.

FDP:

Wir unterstützen die Aufnahme der Schulsozialarbeit in das Schulmitbestimmungsgesetz, da auch die Sozialarbeit mittlerweile ein wichtiger Baustein der Lebenswelt Schule ist.

Bündnis 90/Die Grünen:

Schulsozialarbeit als Teil des multiprofessionellen Teams an den Schulen muss gestärkt werden. Wir wollen den rechtlichen Rahmen zur Zusammenarbeit der Schule mit Schulsozialarbeit durch die Aufnahme ins Schulmitbestimmungsgesetz schaffen, damit Schulsozialarbeit in schulinternen Steuerungsgruppen sowie Schul- und Klassenkonferenzen mit eingebunden wird. Wir wollen uns weiterhin dafür einsetzen, dass die Aufgabenbereiche der Schulsozialarbeit ins Schulordnungsgesetz als Pflichtaufgabe von Landkreisen und Land aufgenommen werden (analog § 20a SchoG – Schulpsychologischer Dienst). Dazu werden wir eine Gesetzesinitiative starten.

bunt.saar:

Auch hier würden wir uns für die Ergänzung bzw. Veränderung des SchumG im Sinne Ihrer Forderung einsetzen.

8.

Wir begrüßen ausdrücklich die Einführung des Klassenrats mit der Novelle des SchumG (fakultativ ab Klassenstufe 1, verbindlich ab Klassenstufe 3) zur Förderung des demokratischen Miteinanders und der Partizipation in der Schule (§ 20) sowie die Beschreibung seines Zwecks sowie seiner Themen im Gesetz.

Wie stehen Sie zu unserer in den Anhörungen bis zum Landtag vorgetragenen Forderung, dass folglich der Klassenrat als fester Bestandteil in den wöchentlichen Studentafeln aller Jahrgänge und Schulformen auch verankert wird?

CDU:

Aus Sicht der CDU Saar ist es Aufgabe der Klassenlehrerin bzw. dem Klassenlehrer, dem Klassenrat die entsprechende Zeit für die Erfüllung seiner Aufgaben einzuräumen.

SPD:

Demokratie muss gelebt werden und für das Erlernen auch erlebbar gemacht werden. Die verschiedenen Schulformen und einzelnen Schulen haben unterschiedliche Möglichkeiten der Ausgestaltung – auch dies ist ein Teil von Demokratisierung. Wir verfolgen das Ziel, einen Rahmen zu schaffen, den die Schulgemeinschaft ausfüllen kann. Die feste Einrichtung des Klassenrats an allen Schulen bzw. in allen Klassenstufen ist ein bedeutsames Instrument der Demokratiebildung. Die Einführung des Klassenrats bereits in der Grundschule ist ein wesentliches Instrument für eine demokratische Bildung von Anfang an. Durch eine feste Verankerung der Klassenratsstunde bzw. durch seine Einbindung in die Klassenleiterstunde soll ein klar strukturierter Ablauf der Beteiligungsprozesse, den Prinzipien des demokratischen Miteinanders und der Partizipation in der Schule früh geübt werden.

Die Linke:

Wir unterstützen die Forderung ohne Einschränkungen.

FDP:

Wir halten die im Gesetz getroffenen Regelungen für vernünftig.

Bündnis 90/Die Grünen:

Die Bildung von Klassenräten ist bereits ab der Grundschule eine wichtige Möglichkeit zur Partizipation und zum Erlernen und Erfahren von demokratischen Strukturen. Wir sprechen uns dafür aus, dass vor allem an weiterführenden Schulen die Klassenleiterstunden erhöht werden sollen. Diese Zeit kann und soll flexibel für die Arbeit des Klassenrates genutzt werden. Gegenüber dem weiterreichenden Vorschlag, den Klassenrat generell in die Studentafel aufzunehmen zeigen wir uns ebenso offen.

bunt.saar:

Auch dies unterstützen wir. Wobei wir aus den Erfahrungen aus der Praxis ein Angebot „on demand“, aber mindestens monatlich vorstellen können oder einen zweiwöchigen Rhythmus.

9.

Wir plädieren dafür, den erfolgreichen Abschluss der Klasse 9 an Gemeinschaftsschulen als Hauptschulabschluss anzuerkennen. Hauptschulabschlussprüfungen sind, anders als die Abiturprüfungen, von der KMK nicht vorgeschrieben und werden in vielen Bundesländern nicht durchgeführt. Stattdessen könnten die Abschlussnoten in den einzelnen Fächern aus den Klausurergebnissen und Unterrichtsergebnissen des letzten Schuljahres gebildet werden. Nach KMK-Vereinbarung wird der Hauptschulabschluss erteilt, wenn in allen Fächern ausreichende Leistungen vorliegen oder schlechtere Leistungen ausgeglichen werden.

Die Organisation der zusätzlichen Abschlussprüfungen kostet alle Beteiligten sehr viel Zeit. Jeder Schüler muss drei Abschlussklausuren und mündliche Prüfungen absolvieren. Diese Zeit sollte besser genutzt werden, um mehr Unterricht zu erteilen, mehr zu lernen und Versäumtes nachzuholen.

Wie stehen Sie dazu?

CDU:

Als CDU Saar treten wir für einen hochwertigen und allgemein anerkannten Hauptschulabschluss ein, der bestens für eine Ausbildung im Handwerk qualifiziert - so wie es zum Beispiel sehr erfolgreich in Bayern umgesetzt wird. Daher setzen wir uns für die Beibehaltung der Hauptschulabschlussprüfung ein. Dies garantiert aus unserer Sicht gerade den Ausbildungsbetrieben Verlässlichkeit und macht die Wertigkeit des Hauptschulabschlusses im positiven Sinne deutlich.

SPD:

Wir haben in den vergangenen Jahren immer wieder Reformen in diesem Bereich angestrebt, um bei Abschlüssen die Leistungen von Schüler:innen über einen längere Zeitraum hinweg statt die punktuelle Leistung in einer Prüfung zu berücksichtigen. Diese Haltung liegt auch dem Leistungsbewertungserlass zu Grunde.

Ziel einer nachhaltigen und ganzheitlichen Bildung von Kindern darf es nicht sein, sie zum „Teaching to the Test“ zu erziehen. Eine kontinuierliche Leistungsmessung bietet zudem die Chancen eines echten und transparenteren Leistungsbildes.

*Aus den positiven Erfahrungen der erfolgreichen schulzentralen bzw. schulinternen Abschlussprüfungen in den Pandemie Jahren sollte die Sinnhaftigkeit der zentralen Hauptschulabschlussprüfung dringend auf den Prüfstand gestellt werden. Das Argument, dass dieser Abschluss ohne zentrale Prüfung in der Wahrnehmung der Schüler*innen und ihrer Erziehungsberechtigten einen nur geringen bzw. keinen Wert habe, ist wenig qualitätssichernd. Die stichprobenartige Überprüfung der schulzentralen Abschlussprüfungen zeigten eine hohe Qualität der Aufgaben sowie vergleichbare Ergebnisse mit denen der zentralen Abschlussprüfungen der letzten Jahre.*

Die Umstellung auf eine schulinterne Abschlussprüfung könnte für einen vertiefenden Kompetenzerwerb und somit für eine nachhaltigere individuelle Förderung auch bis

Ende des Schuljahres besser genutzt werden. Dies wäre mit einer zentralen Abschlussprüfung nicht gegeben. Durch dessen zentralen Termin mitten im Schulhalbjahr geht u.a. wertvolle Lernzeit verloren.

Der Verzicht der zentralen Hauptschulabschlussprüfung und der damit verbunden Wegfall administrativer aber auch organisatorischer Arbeiten in den Schulen ließe Ressourcen freierwerden, die den Schulen bzw. den Schülerinnen und Schüler zugutekommen könnten.

Die Linke:

Hauptschulabschlussprüfungen sind nicht notwendig und eine unnötige Belastung und Hürde für die die Schülerinnen und Schüler und ihre Lehrerinnen und Lehrer. Die Schülerinnen und Schüler brauchen vielmehr Unterstützung und Freiraum zur Orientierung für den Sprung in den nächsten Bildungsabschnitt statt ausgerechnet nach der 9. Klasse die erste große Prüfung ablegen zu müssen.

FDP:

Wir wollen die aktuelle Regelung nicht grundsätzlich ändern.

Bündnis 90/Die Grünen:

Grundsätzlich halten wir die output-orientierten Bildungsstandards der Kultusministerkonferenz, nach denen Kompetenzen am Ende eines Bildungsgangs überprüft werden sollen, für sinnvoll. Sie dienen der Qualitätssicherung. Danach sollten die Standards und die geforderten Kompetenzen auch landeszentral überprüft werden.

bunt.saar:

Auch diese Überlegungen teilen wir und unterstützen sie voll und ganz. Entsprechend würden wir uns im Landtag dafür einsetzen.